

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. Oktober 1910.

Einzelnenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergnügungsbeilage usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 125.

Kein Buchdrucker ohne den über alle Gebiete und Fragen des beruflichen, gewerblichen, organisatorischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens eingehend und selbständig informierenden, Dienstags, Donnerstags, Sonnabends erscheinenden

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat im In- und im Auslande von allen Fachblättern die größte Verbreitung. Es kostet nur 65 Pf. vierteljährlich, für zwei Monate 4 Pf. und für einen Monat 22 Pf. Bestellungen sind rechtzeitig bei den Postanstalten aufzugeben.

Disziplin!

Es sind fünf Wochen her, da setzte es in Magdeburg ein hartes Streiten, das nicht nur in der Arbeiterschaft mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Auch der „Korr.“ gab in einem Rückblicke seiner Meinung über diese Bruderfehde dahin Ausdruck, daß in den Arbeiterorganisationen die Demokratie nur dann die notwendige und möglichste Pflege findet, wenn sich ihr gleichbedeutend die Tugend der Disziplin zugesellt. Der Streitpunkt selbst ist immer eine besondere Sache dabei.

Wir verstehen unter Disziplin nicht den Drill des preußischen Kadernhofs. Herdenbewußtsein und Kadervergehorfam wären speziell in der Gewerkschaftsbewegung gar kein erwünschter Zustand. Sie würden einer gesunden Demokratie — die bekanntlich auch dann vorhanden sein kann, wenn die selbst von dem Magdeburger sozialdemokratischen Parteitag in beschleunigtem Verfahren ad acta gelegte Urabstimmung fest — recht hinderlich oder abträglich sein. Die Disziplin erfordert ja gar nicht so viel: Befolgung der Satzungen und Beschlüsse der Organisation und Anerkennung der doch selbstgeschaffenen Integrität! Im gewerkschaftlichen Leben mit den so weittragenden Folgen jeder Handlung und Betätigung der Organisation ist die von uns gemeinte Disziplin sehr vornehm, notwendiger fast als in der politischen Bewegung, wo einzelne durch ihre Aufsehung wohl das Ansehen ihrer Partei schwer schädigen, nicht aber weitreichende Stämpfe dadurch zwischen Kapital und Arbeit heraufbeschwören können. Trotzdem pflegt aber die Parteidisziplin im allgemeinen größer zu sein als die Unterordnung unter die Beschlüsse und Einrichtungen in den Gewerkschaften. Wenn hier in stärkerem Maß ein Ausgleich stattfinden könnte, wäre es sicherlich nicht zum Schaden der gewerkschaftlichen Organisationen, die immer noch zu viel unter den Disziplinslosigkeit einzelner zu leiden haben, die am ekklatantesten durch ihr Verhalten Unverständnis für die wahre Demokratie bezeugen.

Wo alles liebt, können auch die Buchdrucker nicht lassen. Das war früher, wie es heute ist. Es soll nicht jahrelang zurückgegangen werden, um alte Sünden wieder auszukramen. Nur die neuesten Fälle sollen gestreift und als Beweis dienen, daß auch in einer so alten Organisation noch manchmal die gewerkschaftliche Schulung und darum — was meistens in engem Zusammenhange steht — auch die Disziplin fehlt.

Daß in der ersten Jahreshälfte 1910 zwei Mitglieder die Redaktion ihres Verbandsorgans mit einer Klageandrohung bedachten, falls Erklärungen von ihnen nicht aufgenommen werden sollten, ist ja seinerzeit mit aller Schärfe geteilt worden.

Ablehnungen von Artikeln und Einsendungen mußten im „Korr.“ immer schon erfolgen. Das geht nun einmal in der Gewerkschafts- wie in der politischen Arbeiterpresse nicht anders. So mancher Artikelschreiber oder Redner in einer Versammlung glaubt die Grundsätze der Demokratie eben nur dann am besten gewahrt, wenn seine höchstregierte Ansicht als aller Weisheit letzter Schluß von auch dem letzten gehorsamst apporziert wird. Sie sind eigentlich die am wenigsten demokratisch denkenden geschweide denn Handelnden, solche Kollegen lassen am letzten eine andre Meinung gelten. Dinge es nach ihnen, würde es um die Meinungsfreiheit anders, gewiß aber nicht besser aussehen.

Wenn die Redaktion zu Ablehnungen oder Streichungen sich gezwungen sieht, so schaltet jedes persönliche Moment und jede eigenliebige Empfindseligkeit aus. Wer darüber noch nicht hinaus ist, hat seinen Beruf als Prügeljunge für die Allgemeinheit verfehlt. Gar mancher sich mit dem Federkiel Abquälende behandelt den Gegenstand seines besonderen Interesses aber mit einem solchen Gesichte, daß er für die Nichtaufnahme uns nur dankbar sein sollte. Andre wieder beschwerten sich nicht im geringsten, ob denn mit dem Geschriebenen der Organisation gebietet oder ob sie etwa damit geschädigt werden kann. Mancher geht gerade auf die allerhöchsten Dinge mit großem Behagen und in aller Breite ein. Eine Diskussion in der Presse darüber würde unter allen Umständen für den Gegner ein gefundenes Fressen sein. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nur daran erinnern, daß Rosa Luxemburg mit ihrem Lieblingsthema in den letzten Monaten sogar bei der „Neuen Zeit“ und beim „Vorwärts“ eine dankende Ablehnung sich holte, bis ihr dann in der Tauscher Straße zu Leipzig aufgetan ward.

Mit den Streichungen in Berichten verhält es sich ebenso. Viel zu wenig noch wird darauf Wert gelegt, ob wirklich für die Allgemeinheit ein Interesse mit diesem oder jenem resp. überhaupt in einer bestimmten Sache vorliegt. Taktische Bedenken spielen noch weniger eine Rolle. In Kombinationen, mit denen meistens gar nichts anzufangen ist, fehlt es gar nicht selten. Die Schriftführer vergessen immer noch zu häufig, daß ein Versammlungsbericht kein Protokoll ist, daß in ersterem vieles überflüssig, was in letzterem notwendig ist. Hat man doch auf der letzten Generalversammlung des Sutenberg-Bundes sogar die Entzerrung alles Ballastes aus den Berichten und Urteilen gefordert.

Da hat nun die Redaktion die dankbare Aufgabe, diesen vielen Erwägungen Rechnung zu tragen, die Meinungsfreiheit zu wahren und den Artikelschreibern und Berichterstattern zu Willen zu sein — ein Vergnügen ganz eigener Art! Müßen dann Ablehnungen erfolgen, so haben wir todsicher, auch wenn die Begründung noch so loyal ist, den Kreis unrer Freunde nicht vergößert. Nicht selten fest es auch ein gepfeffertes Ragout von Liebenswürdigkeiten. Ja, man erhebt häufig auch den Vorwurf, dies und jenes hätte nur herausbleiben sollen, das wäre besser gewesen. Gegenüber Einsendungen anderer Kollegen, die das Ergebnis ihres Nachdenkens oder den Gegenstand ihres Interesses natürlich ebenfalls mit Zähnen und Nägeln verteidigen, ist man fast immer höchst kritisch veranlagt, da läßt man den Papierkorb ganz gern seiner Zweckbestimmung geredet werden. Aber wehe, wenn die eigne Meinung zu kurz kommt!

Es finden zwar jetzt nicht mehr Ablehnungen statt als früher, aber die Zahl der Einsendungen ist zurückgegangen. Ob das ein Fehler oder ein Vorteil ist, wollen wir unerörtert lassen, jedenfalls ist der Inhalt des „Korr.“ nicht ärmer und besserumfangt nicht kleiner geworden. Die Tarifrevision kann gewiß nicht beeinträchtigt werden, wenn die Mitgliebschaften und die schreiblustigen Kollegen sich die Methode der Prinzipale zu eigen machen, nämlich die Offenheit nicht mit allem zu befechten, was man auf dem Herzen hat. Die öffentliche Diskussion tut es allein nicht, ja sie ist in dieser Hinsicht manchmal sogar vom Übel. Die Kollegen haben auch so Gelegenheit genug, auszusprechen und zu beratschlagen, was uns und unsern Interessierten frommt.

Der Redaktion liegt jede Selbstherrlichkeit fern. Sie kann irren, auch wenn sie glaubt, mit größter Sorgfalt eine Sache gepreßt zu haben und zur Ablehnung einer Einsendung aus tatsächlichen Gründen oder im Interesse des Artikelschreibers vollauf berechtigt zu sein. In den letzten Wochen ist ja verschiedentlich durch eine Anmerkung oder durch einen Gegenartikel gezeigt worden, wie sehr die betreffenden Verfasser sich mit ihrer Ansicht auf dem Holzwege befinden. Das geht aber nicht in allen Fällen.

Wo das nun eben nicht angängig ist, da steht, wie männiglich bekannt sein sollte, jedem der Weg der Beschwerde offen. Wie in unserer Organisation und in der Tarifgemeinschaft jedem durch einen geordneten Instanzenzug die Möglichkeit gegeben ist, sein Recht durch Anrufung einer dem brüderlichen Gesichtsfeld entrückten Körperschaft zu suchen, so kann auch gegen eine Entscheidung der Redaktion der Rekurs ergriffen werden. Diese Stelle ist in diesem Falle der Verbandsvorstand. Und über diesen hinaus steht gar noch die Berufung an die Generalversammlung offen. Es gibt also ge-

nügend Mittel und Wege, zu seinem tatsächlichen oder vermeintlichen Rechte zu gelangen.

Um so mehr ist es zu verurteilen, wenn man sich über diese Möglichkeiten einfach hinwegsetzt und sich zu Schritten verleiht, die weder als kollegial noch organisatorisch dienlich, sondern direkt als verwerflich zu bezeichnen sind. Die eingangs erwähnten Klageandrohungen waren solche Handlungen.

Neuerdings ist in zwei Fällen zum Pamphlet gegriffen worden. Ein Spartenverein machte damit den Anfang und verbandte unter absichtlichem Verzicht auf das Beschwerderecht einen von persönlichen Gefälligkeiten nur so strotzenden Versammlungsbericht in Separatdruck. Der „Erfolg“ blieb denn auch nicht aus: fünf Vereine im ganzen Verbandsgebiet stellten sich auf die Seite der Pamphletisten, die übrigen geigten ihnen gründlich, nicht selten sogar fürchterlich die Wahrheit. Wenn wir von einer öffentlichen Behandlung dieser Angelegenheit Abstand nahmen, so geschah es nicht zuletzt im Interesse der Spartenbewegung, die wir nicht zum Gegenstande von Angriffen machen wollten, die auf das Stündenfoto verhältnismäßig weniger kommen. Wir machten den Fall aber selbst anhängig bei der Beschwerdebekanntmachung, die einmütig zu einer Verurteilung dieses unerhörten Vorgangs kam.

Schlechte Beispiele haben bekanntlich die Eigenschaft an sich, daß sie leider nur zu leicht ansteckend wirken. Traf da vor etlichen Wochen bei uns aus Herlorn ein Schreibbrief des neuen Vorsitzenden Anton Feg ein, bei dessen Lesen man sich sagen mußte, entweder ist bei diesem Mann etwas nicht ganz richtig, oder ihm ist ein Floß ins Ohr gesetzt worden, der nun den Kränzen wie eine Tarantel sitzt. Hier kam aber nicht eine Ablehnung, sondern lediglich die Streichung von ganzen 2½ Seiten in einem Versammlungsbericht in Frage. Das geschah jedoch nicht aus prinzipiellen oder taktischen Gründen, sondern allein der Überflüssigkeit wegen. (Eine weitere Streichung von etwa vier Zeilen, die taktischer Bedenken halber erfolgte, scheint gar nicht bemerkt worden zu sein.) Was der Herlorn'sche Vorsitzende alles an Vorwürfen, köstlichen Schmähungen und handbüchlichen Behauptungen herausprudelte, ging über die Gutshur. Da Feg zum Schluß mit Provokationen und Drohungen nur so um sich warf, zu dem ausgesprochenen Zwecke, daß wir ihn „erbarungslos herunterreißen“ sollten im „Korr.“, so sagten wir uns: nun erst recht nicht. Daß trotz der Angriffe schwersten Kalibers der Feg'sche Herzenserguß eine ganz andre Ausnahme als die von ihm vorausgesetzte bei uns fand, sollten ihm folgende Zeilen im „Briefkasten“ (Nr. 119) zeigen: „A. F. in Herlorn: Das Sammelnummern von Liebenswürdigkeiten mit größtem Vergnügen gelesen. Die — zum Teil falschen — französischen Brocken haben uns besonders imponiert. Selten haben wir einen Menschen so auf dem Holzweg und — so eingebildet gefunden. Das Zusammenarbeiten mit Ihnen verspricht nach diesem Debüt äußerst genussreich zu werden.“ Damit glaubten wir die Sache abgetan oder Feg zu einer Beschwerde Veranlassung gegeben zu haben. Auf seine ganz grobe Fratze, wimmelnd von falschen und völlig unvollständigen Behauptungen — auch im Kerne der Sache, wie die im letzten Vierteljahr erschienenen Nummern ja auszuweisen vermögen —, war das ein ganz schwacher Limonadenaußguß. Wir haben eben keine Lust am Skatell, und zappelnde Leute haben immer einen vergnüglichen Eindruck auf uns gemacht.

Anton Feg aber, mit dem wir vordem in keiner Weise etwas zu tun gehabt haben, wurde nicht abgelehnt, sondern ging hin und machte die angeordnete Drucklegung und Verbreitung seiner argen Ungerechtigkeiten und geschmacklosen Selbstbeweihräuderungen wahr. Sein ganzes Vorgehen war also offensichtlich auf Krach angelegt. Die Motivierung, daß er zur Selbsthilfe gedrängt sei und schuldig wäre gegen den „Wutausbruch“ des „Korr.“, ohne wohlweislich die von uns im vorstehenden gebrauchte ernüchternde Briefkastennotiz mit einem Worte zu zitieren, charakterisiert diesen Mann als mit allen Mitteln arbeitend. Mit einer Ungeschicklichkeit sondergleichen verrät er auch Ursprung und Absicht seines standalösen Tuns, vermengt wiederum mit allerletzt Unwahrheiten. Das Tollste und Bezeichnendste ist jedoch, daß er gleich einem wütenden Eber den Kollegen Schäffer anfallt und an diesem — meistens in ganz läppischer Weise — seine schäumende Wut ausläßt. Damit richtet Feg sich und sein Handeln allerdings am schärfsten. Ob-

wohl er aus dem „Korr.“ wissen konnte, daß Schäffer gar nicht für Streichungen im Korrespondenzteil in Betracht kommen kann, da die neue Ressortverteilung vorher veröffentlicht worden war, geht er doch wie ein Stier auf diesen los, ihn mit Flegelgeilen nur so traktierend. Vielleicht hilft es nachträglich den Herrlohrer Vorstehenden doch noch etwas ab, wenn wir erklären, daß Schäffer weder an der Streichung der 2/2. Zeilen noch an der Briefkastennotiz mit einem Federzuge beteiligt ist. Wenn Feg es aber absolut wissen will, dann wende er sich an den im Monat Oktober verantwortlichen Zeichnenden, der für alles seine wohlwollenden Gründe hat und, wenn es sein muß, mit ihm auch noch aus einem andren Kintenfasse reden kann.

Um den beabsichtigten großen Effekt ist Anton Feg also ganz und gar gekommen und seiner traurigen Mache durchaus persönlicher Natur hat er damit selbst den Todesstoß versetzt. Seine bis zum Personenkultus vor sich selbst gesteigerte Überhebung hat ihm einen bitterbösen Streich gespielt.

Wenn die Verbreitung des Fegschen Pamphlets (der Redaktion erst am 22. Oktober, also um mehrere Tage später als andren Orten zugegangen) nicht auf einen Umfang schließen lassen könnte, der in der Tat über unsere anfänglichen Vermutungen hinausgeht, wenn ferner nicht ein ähnliches Vorwissen vorausgegangen, und wenn nicht zwei Tage darauf noch eine Unfindigung von dritter Seite eingetroffen wäre, eventuell die politische Presse zu benutzen, falls eine (nicht einmal abgelehnte, sondern der Prüfung des Sachverhalts wegen hinausgeschobene) Wichtigstellung ganz unpersönlicher Art nicht aufgenommen werden sollte, so hätten wir schließlich den Fall dahingehen lassen. Denn einmal kann man Anton Feg nach solchen Stillübungen nicht ernst nehmen, und andererseits möchten wir dem Zwecke seiner Übung in keiner Weise entgegenkommen.

Diese Vorgänge sogenannter Selbsthilfe, zu der nicht gerade die edelsten Motive die Triebfeder und an denen eine zu gute gewerkschaftliche Schulung jedenfalls auch nicht die Schuld trägt, legten uns jedoch die Verpflichtung auf, in ein größeres Rahmen zu diesen bedauerlichen Extratouren zu nehmen, den irgendwie sich beschwert fühlenden Mitgliedern den Weg zu ihrem Rechte zu weisen, die Unbefehrbaren und Reintenten aber auf die Konsequenzen solchen Handelns aufmerksam zu machen. Das erstere ist bereits geschehen, zum letzteren noch einige Worte.

Daß es sich im Falle des einen Spartenvereins und bei dem Fegschen Vorgehen um ganz schlimme Disziplinlosigkeiten handelt, ist unbestreitbar. Es ist auch selbstverständlich, daß die Verbandsleitung diese Pamphletverbreitung schärfstens verurteilt und diesen Unfug nicht weiter einreihen lassen wird. Wer sich des Beschwerderechts jedoch selbst entschlägt, dem liegt gar nicht daran, von der höheren Instanz recht zu erhalten; ihn treibt die Lust am Skandal. Daß eine derartige Verhöhnung der Mitglieder nicht im Interesse der Organisation gelegen ist, bedarf keiner Worte. Wer aber absolut sich nicht unterordnen will, fordert selbst die Anwendung der statutarischen Handhaben gegen sich heraus, und hat es auch nur sich zuzuschreiben, wenn ihm nunmehr das Verbandsorgan verschlossen bleibt.

Die Redaktion muß tatsächlich genug einstecken. Wir möchten die Kritiker oft an unserer Stelle und sie dann loslegen sehen! Es hat noch niemand ungekräftet alles in Grund und Boden verdonnert, das Schicksal hat ihn so oder so immer ereilt! Daß wir aber dazu da wären, damit sich jedermann an uns schneuzen kann, das vermögen wir denn doch nicht einzusehen. Dem Treiben, künstliche Schwierigkeiten zu bereiten — und darum handelt es sich doch in diesen Fällen —, werden wir stets entschieden entgegenzutreten wissen.

Trotzdem setzen wir stets das Persönliche hinter das Sachliche. Und das gibt uns Veranlassung zu dem ersten Appell an die Kollegen, mit dem Verlangen der Wahrung der Demokratie auch die Tugend der Disziplin zu verbinden. Mit oft bis zur Verböhrtheit getriebener Rechtshaberei kommt die Organisation nicht vorwärts. Nicht Freiheit, die ich meine, sondern die Freiheit im öffentlichen Urteilen und Handeln, die dem Ganzen förderlich und gebühlich ist. Es hat im Laufe der Jahre und Jahrzehnte manden Strauß gegeben. Man hat durchaus nicht immer die Gründe der Redaktion genannt, die alles vornehmlich auf die Wirkung (beim gedruckten Wort immer gefährlicher als beim gesprochenen) prüfen muß, aber man hat sie gemißbilligt. Das ist jetzt so, wie es früher war. Es ist also wenig gekent worden, und das ist schlimm. Wenn irgend möglich, geben wir auch von unsren Beweggründen zu Ablehnungen oder Streichungen den Betroffenen Kenntnis, aber immer geht das nicht. Es ist entweder sehr beliebt, jemand zu sagen, wie sehr er sich verhaue hat, manchmal wieder mühten in seitenlangen Ausführungen die Bedenkllichkeiten prinzipieller oder tatsächlicher Natur geschludert und kommentiert werden, ehe sie zu begreifen sind. Dazu fehlt es aber wirklich an Zeit. Zu viel darf man auch nicht verlangen.

Hoffentlich kommen wir auf lange nicht wieder in die Lage, dieses unerfreuliche Kapitel anschneiden zu müssen. Der besonnene Teil der Kollegen wird die andren ja auch wohl fühlen lassen, daß es doch nicht so geht, wie sich nun gerade in ihrem Kopfe die Welt malt, und daß noch immer die Entwicklung über sie zur Tagesordnung übergegangen ist.

Krankengeldzuschüssen oder Erhöhung des Verbandskrankengelds?

In mehreren Gauen (Ober- und Mittelrhein) finden zurzeit Beratungen statt über zu gründende Krankengeldzuschüssen. Man sieht sich zu diesem Schritte gedrungen, weil vielfach die Leistungen der gesetzlichen Orts- oder Gemeindefrankenversicherung selbst mit Einbeziehung der Verbandsunterstützung nicht ausreichen, einen Kranken Kollegen, besonders wenn er verheiratet ist, über Wasser zu halten. Welcher verheiratete Kollege möchte z. B. am hiesigen Ort eine längere Krankheit durchmachen bei einer wöchentlichen Unterstützung von 9 M. aus der Gemeindeversicherung, von der in der ersten Woche nach drei Tage Karenz in Abzug kommen, und 9,80 M. Verbandsunterstützung, zusammen also 18,80 M.? Wenn nun auch die Sache nicht überall so trag liegt wie in den Orten mit der veralteten Gemeindeversicherung, so beweisen dennoch die vielen, zu jeder Generalversammlung wiederkehrenden Anträge auf Erhöhung der Unterstützung und die jetzt mit großem Erfolge von einigen Gauen betriebene Gründung von solchen Gauzuschüssen sowie die schon bestehende große Anzahl von örtlichen oder territorialen Kassen und Krankenkassen, daß die Verbandsunterstützung tatsächlich zu niedrig ist.

Leider blieben auch alle bisherigen Versuche, dieselbe zu erhöhen, erfolglos. Eifers Bemerkung auf unserer letzten Generalversammlung, daß eine erhöhte Verbandsunterstützung nur neue Anregung zum Mißbrauch geben würde, kann nur auf Orte Bezug haben, in denen durch schon bestehende Zuschüssen eine verhältnismäßig hohe Unterstützung gezahlt wird. In erster Linie kommen hier die großen Druckstädte in Betracht, in denen neben Ortszuschüssen auch noch vielfach Hauskassen bestehen. Daß in solchen Orten mit gut fundierten und funktionierenden Zuschüssen kein Bedürfnis für eine erhöhte Verbandsunterstützung vorhanden ist, liegt auf der Hand. Hier ist denn auch der Hauptwiderstand gegen die Erhöhung des Krankengelds zu suchen, weil dasselbe notwendigerweise eine Beitragserhöhung im Gefolge haben müßte. Nach Eifers Bemerkung auf der letzten Generalversammlung soll sich eine Beitragserhöhung um die wenigen Mitglieder, die noch in Gemeindefrankenkassen versichert sind, nicht rechtfertigen. Es muß dies aber wohl nicht ganz stimmen, denn sonst würde wohl nicht in verschiedenen Gauen für Kassen Gründungen Propaganda gemacht werden, von denen die im Gau Mittelrhein geplante eine Beitragserhöhung von 15 Pf. erfordert würde, obwohl von den 2800 Mitgliedern des Gaus noch keine 100 zur Gemeindeversicherung gehören.

Man hat eben in diesen Mitgliederkreisen eingesehen, daß die bisherigen Unterstützungen zu niedrig sind, und ist bereit, für die Beilegung dieses Zustandes eine ziemlich bedeutende Beitragserhöhung in Kauf zu nehmen. Weil man glaubt, daß an eine Erhöhung des Krankengelds auf zentralem Wege noch auf Jahre hinaus nicht zu denken ist, will man den schon bestehenden Ungerechtigkeiten neue hinzufügen, denn alle diese Kassen schließen insofern Ungerechtigkeiten in sich, als bei einer Entfremdung aus dem Gültigkeitsbereich ein Mitglied alle Ansprüche an dieselben verliert. Bei einigen freiwilligen Kassen bleiben die Rechte gewahrt, wenn das fortziehende Mitglied eine bestimmte Anzahl Beiträge geleistet hat und weiter seine Beiträge zahlt. Ob dies auch bei den in Gründung begriffenen obligatorischen Kassen der Fall sein wird, ist mehr wie zweifelhaft. Es ist wohl überflüssig, die Ungerechtigkeiten, die durch diese Zuschüssen entstehen, noch mehr zu beleuchten. Für jeden einsichtsvollen Kollegen, der seinem Gerechtigkeitsempfinden nicht mit Gewalt Zwang antut, sind sie ohne weiteres klar.

Der einzige Weg, Gerechtigkeit zu üben, wäre die allgemeine Erhöhung der Verbandsunterstützung einschließlich des Beitrags und mögliche Verbindung von Neugründungen von Zuschüssen, um so die für eine große Organisation, die ihre Mitglieder unter Umständen zwingt, ihren Konditionsort zu verlassen, aber nicht imstande ist, denselben für dadurch verloren gegangene Rechte Ersatz zu bieten, unwürdigen Zustände zu beseitigen, hat bis jetzt noch immer zu wenig Anhänger. Die Gegner sind teils der Meinung des Verbandsvorstandes, wie sie durch Eifer auf der letzten Generalversammlung vertreten wurde, daß die Verbandsunterstützung nur ein Zuschuß sein könne, um das Los der Kranken etwas zu heben, d. h., daß die Mitglieder, die in Sorge sind, bei einer eventuellen Krankheit mit der Verbandsunterstützung und dem gesetzlichen Krankengeld nicht auskommen zu können, sich eben nach anderer Hilfe umsehen müssen.

Ein weiterer Teil der Gegner setzt sich aus Kollegen zusammen, die bereits Mitglieder von Zuschüssen sind und darum für eine weitere Erhöhung des Beitrags nicht zu haben sind. Dann gibt es noch eine Menge Kollegen, deren Grund zur Gegnerschaft einzig und allein die zu erwartende Beitragserhöhung bildet. Dieser Teil der Gegner ist zum größten Teil in den Gauen zu suchen, in denen noch wenig oder gar keine Zuschüssen bestehen. Aber auch diese Gauen werden sich über kurz oder lang mit dieser Frage beschäftigen müssen, teils durch die sich immer wiederholenden Anregungen von Kollegen, die aus Gauen kommen, in denen schon Zuschüssen bestehen, teils aus der durch die zunehmende Teuerung sich ergebenden Notwendigkeit, den Kranken Kollegen etwas mehr unter die Arme zu greifen. Darum sollten sich jetzt

schon alle diese Gauen zusammenschließen zu einem gemeinsamen Vorgehen, aber nicht etwa, wie es ein Berichterstatter aus dem Gau Oberhein will, zu immer weiterer Gründung von Krankengeldzuschüssen und späterer Anstrengung von Gegenseitigkeit, denn das hieße „das Pferd beim Schwanz aufsäumen“, sondern zur Anstrengung einer Regelung dieser Frage auf zentralem Wege. Dieser Weg würde nicht allein Ungerechtigkeiten und Härten vermeiden, er würde auch der vorteilhafteste sein. Mit einem Betrage von 10 Pf. pro Woche und Mitgelt mit dem innerhalb des Gaus noch nichts erreicht werden kann, würde man auf zentralem Wege diese Sache regeln können. Dies zu beweisen und überhaupt diese ganze Frage im Lichte von Zahlenmaterial zu zeigen, dazu möge das Folgende dienen: Wenn man die für die Rechnungsjahre 1905, 1906, 1907, 1908 und 1909 aus der Verbandskasse gezahlten Krankengelder in Tage umrechnet und annimmt, das Krankengeld wäre um 50 Pf. höher gewesen, so würde das in den fünf Jahren eine Ausgabe von 1462951 M. verursacht haben. Bei einer Erhöhung des Beitrags um 10 Pf. würden die Einnahmen unter Zugrundelegung der jeweiligen Mitgliederzahl betragen haben 1361380 M. Die Verbandskasse würde also in den fünf Jahren 101571 M. oder jährlich 20314 M. draufgelegt haben. Daß die Verbandskasse diese Mehrausgabe ohne weiteres tragen kann, darin wird wohl jeder Kollege mit mir einig sein; abgesehen davon, daß man dieses Defizit durch Herausheben der Karenzzeit für die erhöhte Unterstützung noch erheblich vermindern könnte.

Daß innerhalb eines Gaus die Zahlung eines Zuschusses von 50 Pf. bei 10 Pf. Beitragserhöhung nicht möglich ist, diesen Beweis erbringt der Gauvorstand des Gaus Mittelrhein in seinem letzten Jahresberichte, wo er sich mit der zu gründenden Zuschüssen befaßt. Die Gaukasse würde bei den angeführten Leistungen in den letzten sechs Jahren ein Defizit von 12412,80 M. gemacht haben oder jährlich 2068,60 M. Ist dies schon zu dem von der Verbandskasse erzielten verhältnismäßig hoch zu nennen, so kommt aber noch hinzu, daß die Verbandskasse ihr unter denselben Umständen entstandenes Defizit mit Beistiegeln tragen kann, dies aber bei der Gaukasse nicht der Fall ist.

Um überhaupt etwas erreichen zu können, müßte nach dem Vorschlage des Gauvorstandes eine Beitragserhöhung von 15 Pf. eintreten. Dann könnte allerdings ein Zuschuß von 60 Pf. gezahlt werden. Bei diesen Leistungen würde die Gaukasse in den letzten sechs Jahren einen Überschuß von 6796,65 M. oder 1132,78 M. jährlich erzielt haben. Die Verbandskasse würde bei derselben Beitrags- und Krankengeldüberhöhung in fünf Jahren einen Überschuß von 286530 M. oder jährlich 57306 M. gemacht haben. Bei dieser Beitragserhöhung von 15 Pf. könnte die Verbandskasse sogar ein um 70 Pf. erhöhtes Krankengeld zahlen und würde dabei nur ein verschwindend kleines Defizit (von 1211,80 M. jährlich) machen, während die Gaukasse bei derselben Leistung ein Defizit von 1757,87 M. haben würde.

Diese Zahlen reden eine beredete Sprache. Sie lassen erkennen, daß es die Gerechtigkeit und der Vorteil der Allgemeinheit erfordern, die Sache auf zentralem Wege zu regeln. Die gerecht denkenden Kollegen aller Gauen sollten sich auf diesem Wege zusammenschließen, sie könnten gewiß eine Mehrheit bilden, die stark genug sein würde, einem Antrage Geltung zu verschaffen. Derselbe müßte sich auf folgender Basis bewegen: Erhöhung des Krankengelds um 50 Pf. pro Tag und des Verbandsbeitrags um 10 Pf. pro Woche. Die Unterjagung von Neugründungen von Krankengeldzuschüssen und die Verpflichtung der schon bestehenden Kassen, ihre Beiträge und die Leistungen so weit zu entberufen, wie sie von seiten des Verbandes in die Höhe gehen. Mit der Annahme dieses Antrags würde etwas Einseitiges und Geredetes zustandekommen, das noch dazu den Kollegen die schon Mitglieder von Zuschüssen sind, nicht einmal etwas kosten würde, und dem Vermögen ihrer Kassen, das sie so gern als ihr „Privatvermögen“ anzusprechen pflegen, würde nicht ein Haar gekrümmt.

Auf dieser Grundlage sollten sich alle Gauen, in denen noch keine Zuschüssen bestehen, zusammenschließen zu einer Verständigung. Und diejenigen Gauen, in denen jetzt Vorberatungen über zu gründende Kassen stattfinden, sollten die Beschlußfassung bis nach der Generalversammlung aussetzen. Ein Inkrafttreten von eventuelle auf den nächsten Gautagen beschlossenen Kassen würde wohl kaum vor dem 1. Oktober 1911 stattfinden, und wenn man mit der definitiven Beschlußfassung bis nach der nächsten Generalversammlung wartet, die ja bekanntlich schon im Mai stattfinden soll, so wird man bis zum Oktober ein Inkrafttreten auch noch erreichen können. Mit einem Aussetzen der Beschlußfassung würde man also nichts verlieren, aber bei einem Vorgehen im Sinne dieses Artikels vieles gewinnen.

Das Herumdoktern an dieser Frage durch Gründung von Gauzuschüssen oder Ortszuschüssen, von welchem der Schreiber dieses die Meinung hat, daß sie gerade das sind, als welches man Kasseneinrichtungen selber überhaupt anfah: als ein Hemmnis der Bewegungsfreiheit, kann für die Gesamtorganschaft nicht von Vorteil sein. Lieber mit einem kräftigen Schnitt alle diese wilden Triebe beseitigen. Mag auch eine solche Operation anfangs schmerzhaft wirken, sie wird um so heilsamer sein.

Es lebe die Gerechtigkeit!
Pirmasens. Hermann Kühne.
Anmerkung der Redaktion: Mandes ist gut, manches nicht zutreffend in diesem Artikel. Es wird sich demnächst wohl Gelegenheit finden, darauf zurückzukommen.

Die Liebholdtsche Begräbniskasse für Buchdrucker und deren Ehefrauen zu Leipzig.

Eine der ältesten und segensreich wirkenden Buchdrucker-Kassen ist unfehlbar die unter obigem Titel seit dem Jahre 1803 bestehende Begräbniskasse. Alle erbitterten Kassenkämpfe der sechziger und siebziger Jahre gingen an ihr vorüber und sie blieb als „neutrale“ Kasse weiter. Mitglieder wurden unbeschadet ihrer „Partei“ angehörigkeit aufgenommen, nur durften sie das vierzigste Lebensjahr nicht überschritten haben. Abreisende konnten Mitglieder bleiben, mußten aber für Abfertigung ihrer Beiträge sorgen.

Freilich wäre sehr zu wünschen, daß die Mitglieder der Kasse auch die Achtung und Würdigung beibrächten, die ihr gebührt, indem sie die halbjährlichen Rechenschaftsberichte gehörig prüften und nicht nur nach Einblick, wie viel wir wieder „gut gemacht“, äußerst befriedigt beistehten legten. Auch der alle fünf Jahre stattfindenden Generalversammlung bringt man nicht das nötige Interesse entgegen. So hatten sich vor zwei Jahren von über 4300 Mitgliedern außer dem Vorstände genau drei Dutzend Mitglieder eingefunden.

Über den Anfang der Kasse, welche bei 5 Pfennig wöchentlich Steuer in zeitweise äußerst ungünstigen Zeiten und selbstverständlich früher nur geringer Mitgliederzahl es zu so achtungsvollem Ansehen bringen konnte, fehlen alle Unterlagen. Die gegenwärtige Generation würde aber jedenfalls daraus lernen können, wie man nicht wirtschaften sollte. Als ich im Jahre 1868 beiratet, wurden als Begräbnisgeld gezahlt:

| | |
|--|------|
| im 1. Jahre der Mitgliedschaft 5 Taler | |
| " 2. " " " " | 10 " |
| " 3. " " " " | 15 " |
| " 4. " " " " | 20 " |
| " 5. " " " " | 25 " |
| " 6. " " " " | 30 " |
| " 11. " " " " | 35 " |
| " 21. " " " " | 40 " |
| " 26. " " " " | 45 " |

Wenn das Kapital so hoch gestiegen, daß auf jede Person zehn Taler kamen, dann sollten diejenigen Mitglieder, welche 30 Jahre gesteuert hatten, 50 Taler als Begräbnisgeld erhalten. Wer volle 30 Jahre gesteuert hatte, war von da ab steuerfrei.

Als nun das hundertjährige Jubiläum nahte, wollte der jetzige Vorstand den Mitgliedern auch etwas bieten und beantragte eine Erhöhung der Scala von 20—200 Mark und noch einige erhöhte Zwischenstufen. Es sei nicht unser Verdienst, sondern nur möglich, weil unsere Vorfahren so klug und weise gewirtschaftet hätten, und sollte es sich zeigen, daß wir dabei nicht auskommen könnten, so hätte es ja der Vorstand nach § 10 in der Hand, die Steuer jederzeit erhöhen zu können. Diese Erhöhung trat am 1. Oktober 1900 in Kraft.

Nun erschienen aber auf einer nächsten Versammlung die Männer des Leipziger Buchdruckervereins (Augustin seligen Gedenkens und Genossen). Diese Leute, welche nie dem Fortschritte hulbigten, welche, als nach Gründung des Verbandes die Idee der Zentralisation der Unterstützungsstellen auftauchte, mit Aufbietung aller möglichen Mittel dies zu hindern suchten, durch Gründung eines eignen Organs, die „Mitteilungen“, die Kollegen anderer Orte — teilweise auch nicht ohne Erfolg — für ihre Haltung zu gewinnen suchten, bei Bestrebungen der Kollegen auf Verbesserung ihrer Lage sich auf die Seite der Prinzipale schlugen, die Kämpfe unnötig verlängerten oder illusorisch machten, aber mit Behagen etwaige Verbesserungen einsteckten — diese Leute waren mit einem Male für den Fortschritt! Trotzdem sie schon meistens steuerfrei waren, beantragten sie eine abermalige Erhöhung, und zwar im Höchstbetrage von 300 Mk. Diese Versammlung war etwas besser wie gewöhnlich besetzt, doch konnten alle Vermunftgründe nicht durchbringen. „Wir“ haben schon drei Kriege durchgehalten. „Wir“ haben in den 60er Jahren die Cholera durchgemacht, ohne daß es die Kasse alteriert hätte, und bei dem heutigen Stande der Wissenschaft können Epidemien überhaupt nicht mehr vorkommen. Der Vorstand erklärte auf eine beglückende Anfrage, daß nach unseren bisherigen Rechenschaftsberichten die Kasse die Erhöhung ganz gut ertragen könne. Wie er dies ausgerechnet, ist mir heute noch ein Rätsel. Einer der Herren fand sogar, daß er nach seiner derzeitigen Altersstufe noch so lange auf Erhöhung warten müsse und beantragte noch eine Zeile einzuschreiben. Auf die Anfrage, woher das Geld nehmen, antwortete er ganz unverfroren: „Das lassen Sie Ihre Sorge nicht sein, durch die Erhöhung werden noch sehr viele Beitretende, die bringen zunächst das Geld, und was später wird, soll unsere Sorge nicht sein.“ Zu meinem höchsten Bedauern stimmte auch eine ganze Anzahl Verbandsmitglieder diesem prinzipienlosen und eigenmächtigen Antrag zu. § 8 lautet nun seit dem 15. November 1908:

| | |
|---------------------------------------|-------|
| im 1. Jahre der Mitgliedschaft 20 Mk. | |
| " 2. " " " " | 35 " |
| " 3. " " " " | 50 " |
| " 4. " " " " | 65 " |
| " 5. " " " " | 80 " |
| im 6. bis 9. " " " " | 100 " |
| " 10. " 13. " " " " | 120 " |
| " 14. " 17. " " " " | 150 " |
| " 18. " 21. " " " " | 180 " |
| " 22. " 24. " " " " | 210 " |
| " 25. " 27. " " " " | 240 " |
| " 28. " 30. " " " " | 275 " |
| nach vollendetem 30. " " " " | 300 " |

Von da an steuerfrei.

Die oben erwähnten Herren hatten sehr schlaue spekuliert. Nach den letzten drei Rechnungsabzählungen, vom 1. Oktober 1908 bis 31. März 1910, traten ein: 297, 187, 231 Mitglieder. Das Vermögen erhöhte sich um 2489,07, 2975,83 und 3132,08 Mk. auf 101.117,38 Mk. Der Vorstand hat aber bis jetzt, wie es scheint, ganz außer acht gelassen, daß allein die 342 steuerfreien Mitglieder 102.600 Mk. statutenmäßige Ansprüche haben. Diese betragen bis jetzt bei den Neueintretenden 484 × 35 und 321 × 20 gleich 21.660 Mk., während das Vermögen in diesen anderthalb Jahren nur um 2600 Mk. stieg.

Die Leser werden fragen, wie ich dazu kam, diese Zeiten zu schreiben. Wegen mir nicht, denn meine Tage sind naturgemäß gezählt, und solange wird das „viele“ Geld wohl noch reichen. Nur weil sich in der letzten Generalversammlung keine Stimmung für eine äußerst nötige Steuererhöhung zeigte, habe ich mir die Rechenschaftsabzählungen genauer angesehen. Jedes eintretende Mitglied zahlt außer 50 Pfg. Einschreibegeld in 30 Jahren 78 Mk. Beitrag. Zins auf Zins gerechnet, kann man in dieser Zeit nach Abredung der Verwaltungskosten nicht mehr als 120 Mk. Beisteuer annehmen. Ein Beitrag, der jetzt schon nach zehn Jahren zurückgezahlt wird. Lebte das Mitglied noch sechs bis sieben Jahre, so wären durch die Zinsen die 150 Mk. voll, jetzt aber müssen auf diese eingebrachten 120 Mk. noch 180 Mk. gelegt werden.

Am 1. April kamen von dem großen Massenbestand auf jedes Mitglied etwa 21,25 Mk. Nächster Tage wird ja nun ein neuer Bericht erscheinen; daß der Vermögensbestand ein besserer wird, ist nicht gut anzunehmen. Die Leipziger Kollegen sollten den Bericht genau prüfen, und wer gleich mir der Ansicht wird, daß ein derartiges Gedanken- und planloses Fortwursteln den Ruin der Kasse mit Riesenschritten herbeiführen muß, nun so gehören ja nur 50 männliche Mitglieder dazu, eine außerordentliche Generalversammlung zu beantragen. Dort mag der Vorstand einmal seine Rechnung aufmachen.

Leipzig.

Ed. Hüttig.

Das Buchgewerbe im Auslande.

Frankreich. Einem in Vorbezug gelegentlich der Generalversammlung des französischen Bucharbeiterverbandes gefaßten Wunsche gemäß richtete das Zentralkomitee dieses Verbandes an das Internationale Buchdruckersekretariat die Bitte, Mittel ausfindig zu machen, um die Zahl der Reisenden in Frankreich zu verringern. Nur denen solle die Reiseunterstützung gewährt werden, so meinte man, die der Landessprache mächtig seien. Ferner sollen während des Sommers Paris und Nizza, die hauptsächlichsten Anziehungspunkte, den Reisenden verschlossen bleiben. Die Antwort des Buchdruckersekretariats — eine vereinnende — wird im französischen Organe veröffentlicht.

Ein Pariser Kollege, der Deutschland, Österreich und Ungarn bereist hat, legt seinen Kameraden die Leviten in einem im französischen Verbandsorgane veröffentlichten Artikel mit der Überschrift: Warum reisen wir nicht? Auch er ist ein Gegner der Aufhebung des Viaticums für sprachunkundige Reisende. Seine Erfahrungen über deutsche Verhältnisse interessieren vielleicht unsere Leser: „Besonders in Deutschland und in Österreich ist das Wandern junger Leute ins Ausland zur Höhe eines Prinzips gebracht. Wenige von ihnen, im Alter von 18 bis 25 Jahren, haben nicht die Landstrasse kennen gelernt mit dem festen Wunsche, darauf vier oder fünf Monate zu bleiben und soviel Ränder als möglich zu sehen. Vorher haben sie sich schon darauf eingerichtet, von Kopf bis zu Füßen sind sie irtrefflich ausgerüstet, und wir sehen welche unter ihnen, die eher Touristen als Handwerkerburschen ähneln. Ihr Verband, weit entfernt sie zu tabeln, bewilligt ihnen eine Menge von Vorteilen, die den jungen Reisenden alle Sorgen abnehmen, mit denen der französische Wandersmann zu kämpfen hat. In dieser Beziehung sind auf allen Gebieten der praktischen Ordnung zeichnet sich Deutschland besonders aus.“ Geschildert wird nun die Art des Berechnens des Viaticums usw. Das Verzeichnis der Verwalter und der Herren erfährt ein Lob. „Unsere Reisebeamten werden erschrecken, wenn sie hören, daß ich in Stuttgart an einem Abende 18 Reisende abfertigen sah.“ In Wien gefielen dem Schreiber der Buchdruckerverkehr und die Einrichtung des Abgebens tragener Kleidungsstücke an die „Kunden“. „Leicht begreift man nun, daß es unter diesen Bedingungen eine Freude ist, zu reisen. Und die deutschen und österreichischen Kollegen, mit denen ich über ihre Wanderschaft in Frankreich sprach, versicherten einmütig, daß sie nie wieder dahin zurückkehren würden. . . . Besser als über einige Deutsche zu schreiben, die sich in unser Gebiet verlaufen, scheint es mir, unsere Kollegen aufzustacheln, ins Ausland zu reisen. Es ist sicher, daß sie dort mit mehr Beilichtheit und ohne allen Verdruss reisen werden. Das ist besser als die Unterstützung denen zu entziehen, deren Solidaritätsgefühl im Jahre 1906 sich so glänzend bewährt hat.“

In einer am 1. Oktober in Paris abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde Bericht über den Kongreß in Vorbezug erstattet. Der Besuch war ein schwacher. Die Aufnahme der Seherinnen in den Verband fand Anhänger und Gegner unter den Rednern. Nach dem Ergehen des offiziellen Berichtes über die Generalversammlung, der Gelegenheit zum Studium des Für und Wider gebe, soll eine Generalabstimmung über die Seherinnenfrage innerhalb der Pariser Mitgliedschaft vorgenommen werden. — Obgleich der Kongreß die wöchentliche Erhebung des Beitrags beschlossen hat, will Paris bei seiner alten (monatlichen)

Weise bleiben. Man rechnet: 52 × 50 Centimes — 26 Fr. jährlich; 12 × 2 Fr. + 2 Fr. außerordentlicher halbjährlicher Beitrag macht gleichfalls 26 Fr. — der Kassierer ist schon mit Arbeit so überhäuft, also lassen wir es beim alten! Selb.

Eine verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit herrscht in Paris.

Im Organe der Pariser Kollegen wird in einem „Die großen heutigen Zustände“ überschriebenen Artikel die Haltung der gegenwärtigen Regierung im Zustande der Eisenbahnangelegenheiten besprochen und an die Lage der Arbeiter unter Napoleon III. erinnert. Im Juli des Jahres 1892 ließ die Regierung des Kaisers 22 unfruchtbar Kollegen arretieren unter der Anklage, sich bezugs Verbesserung ihrer Arbeitslöhne, die seit 1850 die gleichen geblieben, verbunden zu haben. Nach einigen im Magasengefängnisse verbrachten Tagen konnten sie einstweilen in die Freiheit zurückkehren, am 26. September wurden sie zu Gefängnisstrafen von 10—30 Tagen verurteilt — das sind geringe Strafen im Vergleiche zu denen, die die achte Strafkammer heute den Eisenbahnern diktiert. Einer Eingabe der Pariser Seher stattgebend, befand der Kaiser Napoleon III. das Urteil ungerecht und begnadigte die Verurteilten. . . . Wenn der heutige Staat seine Angelegenheiten in eine moderne Knechtschaft bringen will, so ist das schon genügend gefährlich; daß er aber fortwährend sich in alle ökonomischen Kämpfe mischt, ist nicht zu billigen. Besser wäre es, die lärglichen sogenannten sozialen oder Arbeitergesetze existieren nicht. Der Staat ist und wird immer sein auf der Seite der Stärkeren.“ Es werden dann die Vorgänge in Moabit, in Bissabon und in Los Angeles besprochen. (Siehe unter Amerika.)

Das Vermögen der Pariser Mitgliedschaft betrug am 30. September nur 141.318 Fr. Hierin ist ein Vorkauf von 23931 Fr., den die Maschinenseher von ihrem verachteten Auslande her noch immer schulden, mit inbegriffen.

Die in Havre erzielten Erfolge des Ausstandes waren folgende: Das alte Minimum der Seher (5,50 Fr.) wurde um 1 Fr. erhöht — in zwei Zeiträumen je um 50 Cent. —, die Drucker erhielten gleichfalls eine Aufbesserung.

Die Erscheinungsweise des französischen Verbandsorgans ist recht faumfellig. In 14 Jahren ist das Verbandsorgan einmal pünktlich ausgegeben worden! Die letzte Nummer vom 16. Oktober war am 22. in unsren Händen. Darin ist der Bericht über die finanzielle Lage des Verbandes im zweiten Quartale 1910 veröffentlicht. Durch zwei günstige Umstände (7689 Fr. Unterstützung zur Arbeitslosenkasse vom Arbeitsminister und den Quartalsekretariat) hob sich der Massenbestand, der am 31. März 178327 Fr. betrug, auf 216228 Fr. am 30. Juni, womit das Gesamtvermögen auf 274800 Fr. stieg. Das ist wenig genug. Der Durchschnitt der Zahl der Mitglieder stieg von 11553 im ersten auf 11794 im zweiten Quartale.

Über die Erfindung des Dr. Mertens in Freiburg i. W. fällt das französische Verbandsorgan, dessen Redaktion eine mit dem Mertensschen Verfahren hergestellte Sondernummer zur Kritik bekommen hatte, nach einer Beschreibung des Druckverfahrens folgendes Urteil: „Das uns übermittelte Exemplar beweist, daß die Ergebnisse gänzlich zufriedenstellende und geeignet sind, unsren Tageszeitungen in Zukunft einen künstlerischen Stempel betreffs Druckausstattung zu geben, dessen sie bis jetzt gänzlich entbehren mußten.“

Italien. Es müssen nicht immer gute, auch aller schlechten Dinge können eventuell drei sein. Dieses bestätigt die dritte Ansetzung des Datums für die Generalversammlung des italienischen Verbandes. Aus mancherlei Gründen wurde es vom 17. Oktober auf den 31. Oktober verlegt, doch soll es definitiv bei diesem dritten Datum bleiben. Unser Besprechung der Tagesordnung haben wir nichts mehr anzufügen und unser Geleitwort vom 15. Oktober (Nr. 120 des „Kor.“) mag aufstehen dem 17. nun dem 31. Oktober gelten. Wenn man die Wichtigkeit und Reichhaltigkeit der Tagesordnung in Betracht zieht, kann man nur noch einen Wunsch haben, daß der persönliche Zwist, der zwischen den Kollegen Morgogno (Turin) und Gondolo bzw. dem Zentralkomitee ausgebrochen, nicht auf der Generalversammlung geschlichtet werde. Es wäre schade um jede Minute Zeit, die dafür verschwendet würde. Man könnte es bei den „Freundlichkeiten“ belassen, die man sich schon im Zentralorgane gesagt.

Die Beschäftigung in unsrem Gewerbe war Ende September wenig befriedigend, doch ist der Geschäftsgang wie immer in den einzelnen Städten sehr verschieden. Während Neapel 33, Mailand 38, Turin 32, Genua 27 und Palermo 24 konditionslose Seher am Orte hatten, waren in 39 Sektionen überhaupt keine Arbeitslosen; darunter befand sich Rom.

Holland. Eine Propagandaversammlung, wozu alle Buchdruckerbesitzer von Doreyssel eingeladen waren, hatte der niederländische Prinzipalverein in Enschede einberufen. Die ersten Sprecher plädierten warm für einen zentralen Zusammenschluß aller Buchdrucker, wobei die ungünstige Lage des holländischen Buchdruckerwesens und die bestehende, das Gewerbe vernichtende Konkurrenz den Umwandelnden vor Augen geführt wurde. Was durch eine Vereinigung erreicht werden könne, beweiße z. B. der niederländische Walcemeisterverband und der Diamantbearbeitungsbund sowie ein Blick auf die Organisationsen im Buchdruckerwesen in Deutschland. Dem bisherigen feindlichen Gegenübersehen der verschiedenen Buchdruckerbesitzer würde durch Einführung eines einheitlichen Tarifs — dessen Aufbau den Hauptzweck des

Wundes bilde — nicht nur zunichte gemacht werden, sondern die Prinzipale könnten sich für die Folge als Fachfreunde begegnen, und in der kommenden Zeit Brauche dann nicht mehr das Klageged „wir verdienen nichts“ oder „wir müssen noch Geld zulegen“ geäußert werden. Der Gehilfenverband scheint den Herren aber auch Unbrücken zu bereiten, denn weiter heißt es, daß es sich auch für die Prinzipale gezieme, mit der Stimmung der Gehilfen mehr als seither zu rechnen. Diese seien gut organisiert und verfügten bereits über einen Reservefonds von 30000 Gulden (50000 Mk.) und würden auf kurz oder lang wie ein Mann eine Lohnaufbesserung beanspruchen. Im übrigen scheint dies nicht über vermehrt zu werden, denn die Versammelten gaben unumwunden zu, daß die Löhne der Gehilfen im Verhältnis zu den niedrigen Gehältern seien. In kaufmännischer Hinsicht werden die Druckereibetriebe hierzulande viel zu sehr untergeschätzt, indem ein Überblick über die laufenden Kosten in der Regel fehlt. Wandel schaffen kann allerdings ein einheitlich eingeführter Tarif, welcher aber auch nur wieder durch eine feste Organisation wirkliche Geseßkraft erlangen kann. Nach dem Bundesorgan meldeten sich von 17 anwesenden Prinzipalen gleich 13 dem Verein an. Nachträglich lief noch die Nachricht ein, daß auch in Amelso sich ein Prinzipalverein gegründet habe.

Großbritannien. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob die Buchdruckerorganisationen Großbritanniens den Widerstand der Prinzipale zu brechen imstande sind. Große Ereignisse werfen bekanntlich ihre Schatten voraus. Die National Federation of Master Printers hat eine Unterstützungskasse für die „zuverlässigen und profitablen Arbeiter“ gegründet, „auf die man sich eventuell verlassen kann, wenn durch die Tradeunions Unruhe im Gewerbe entstehen sollte“. All und jeder kann aber nicht Mitglied werden. Viele sind berufen und nur wenige sind auswählbar. Unterstützung wird gewährt für Arbeitslosigkeit, Begräbnis und Invalidität durch zu hohes Alter. Daß das „Begräbnis“ vor der „Altersversicherung“ genannt wird, läßt tief blicken. Will jemand Mitglied werden, so muß er mindestens zwölf Monate im Geschäft tätig gewesen sein und muß vom Prinzipal empfohlen werden, denn für all und jeden will doch der Prinzipal keine 6 Pence wöchentlichen Beitrag zahlen. Die Mitglieder selbst zahlen je nach dem Alter von 9 Pence bis 1 Schilling 6 Pence wöchentlich. Sollte ein Mitglied seine Stellung verlieren durch Nachlässigkeit, Unregelmäßigkeiten, Arbeitsverweigerung und andre Dinge, so hat er keinen Anspruch auf Unterstützung. Mit einmonatlicher Kündigung kann ein Mitglied aus der Unterstützungskasse austreten und erhält bis zu 50 Proz. seiner eingezahlten Beiträge, abzüglich der bereits erhaltenen Unterstützungen, zurück. Als zu großen Zulauf wird diese Kasse wohl nicht haben, denn im allgemeinen sind die Engländer doch krasse Materialisten.

Im August 1908 erfuhr die Typographical Association die Prinzipale um eine Erhöhung des Lohns von 30 Schilling auf 34 Schilling für 54 Stunden pro Woche. Im Februar 1909 gaben die Prinzipale eine Antwort dahingehend, daß die Wünsche nicht diskutierbar seien. Im April 1909 kamen die Gehilfenvertreter wiederum mit denselben Wünschen. Die Prinzipale gaben die gleiche Antwort. Dann ruhten die Wünsche während 12 Monaten. Im Mai 1910 wurden dieselben Forderungen wiederum in demselben respektablen Tone vorgetragen. Von den Prinzipalen kam die gleiche Antwort und die Verwunderung, wiederum „befähigt“ zu werden. Da jeder Maurer, Zimmerer, Buchbinder, Steinbruder im Lande viel höhere Löhne erhält, so glauben die Buchdrucker, daß sie die Unterstützung der gesamten Bevölkerung haben, wenn sie jetzt endlich einmal Gnade schaffen.

Bezüglich der seit 1900 schwelenden 48-Stundenbewegung der Buchdrucker ist man bis jetzt zu folgendem Resultate gekommen: Am 1. Januar 1911 soll die 50-Stundenwoche verlangt werden und vom 1. Januar 1912 die 48-Stundenwoche. Eine Urabstimmung soll sofort vorgenommen, ob sämtliche Mitglieder gewillt sind, die Kündigung dieserhalb einzuziehen, und ob eine Ertragssteuer von 3 Pence pro Woche eingeführt werden soll. Wie schon in Nr. 113 des „Korr.“ berichtet wurde, war der Streik der Edinburgher Kollegen nach kurzer Dauer beendet. Auffällig ist, daß die Edinburgher Prinzipale bereits ihr ganzes Schriftmaterial nach London geschickt hatten, um dort die notwendigen Arbeiten herstellen zu lassen. Und mit besonderer Beugung ist zu konstatieren, daß es Nichterbandungsmitglieder waren, die darauf verzichteten, Streikbrecherdienste zu leisten. Selbst den Prinzipalen lag nicht viel daran, besonderen Zwang auszuüben, weil wohl nichts dabei zu verdienen war. Gleichzeitig beeilen sich die Edinburgher Kollegen, den Kollegen jenseits der Nordsee ihren Dank für ihre moralische Hilfe auszusprechen.

Der Vorstand der Typographical Association ersucht jetzt die 23000 Mitglieder $\frac{1}{4}$ Pence pro Woche für parlamentarische Vertretung freiwillig zu zahlen, nachdem es einem Kollegen geglikt ist, mit Hilfe eines Richters die „zwangsweise“ Bezahlung der $\frac{1}{4}$ Pence zu hintertreiben.

Groß war die Arbeitslosigkeit in London im Monate September. In dessen letzter Woche feierten 1179. Trog aller Beschränkung wurden immer noch 46978 überflüssig „geschoben“, gegen 91039 im Monate Juli. Und 91000 überflüssig bedeuten so viel wie eine Woche Arbeit für 1750 Mitglieder!

Amerika. Der Haß gegen die Gewerkschaften treibt auch hierzulande absonderliche Blüten. Das Gebäude der in Los Angeles erscheinenden, ausschließlich unorganisierte Arbeiter beschäftigenden „Los Angeles Times“

wurde durch einen Brand infolge einer Gasexplosion zerstört, wobei 19 Personen den Flammetod fanden. Der Chefredakteur, ein fanatischer Gegner der gewerkschaftlichen Bewegung, wußte für die Entziehung des Brandes keinen andren Grund ausfindig zu machen, als den organisierten Buchdruckern einen Bombenanschlag gegen das Geschäft zuzuschreiben. Diese frivole Behauptung wurde von dem Nachrichtenbureau in spaltenlangen Beschreibungen verbreitet, trotzdem bekannt war, daß ein Angestellter des Blattes bereits am Abend vor dem Brande die Geschäftsleitung auf durchdringenden Gasgeruch aufmerksam gemacht hatte. Die Warnung war indessen unbeachtet geblieben. Um 1/4 Uhr morgens ereigneten sich die Gasexplosionen; nachmittags aber wurden zwei angelegte Dynamitbomben gefunden. Eine davon lag neben dem Hause des Generals Otis, des Verlegers der „Los Angeles Times“, die andre im Kellergehoß eines Nebenhauses. Wer diese Dynamitpatronen, denn um solche handelte es sich tatsächlich, hinlegte, wird wohl nie aufgefakt werden, obwohl auf die Ergründung und Überführung der „Verüher des Bombenanschlags“ Verlohnungen in Höhe von 400000 Mk., davon ein guter Teil von gewerkschaftlicher Seite, ausgesetzt sind. Inzwischen haben die leitenden Persönlichkeiten der „Los Angeles Times“ eingesehen, daß sie sich verrieten, weil sie zu viel beweisen wollten. Sie wickelten ab und sprachen schließlich nur den Verdacht aus, daß nicht die Gewerkschaften, sondern als politische Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten lebende Mexikaner das Zeitungsgebäude hätten in die Luft sprengen wollen. Das gegen die Gewerkschaften gerichtete durchsichtige Manöver hatte den Scharfmachern also eine neue Blamage eingetragen.

Perfien. Im Jahre 1906 erhielt Perfien durch die Verfassung Muzaffer-ab-bins eine Pressefreiheit. Allerdings gab es schon vorher in der Hauptstadt Teheran einige lithographierte Blättchen. Sie durften aber keine Sätze oder irgendeine Anspielung über Politik und Religion bringen. Auch im Kaukasus existierten bereits persische Zeitungen, aber von zehn Nummern konfiszierte oft genug die russische Polizei vier, ebenso viele die persische. Der Rest gelangte selten an seinen Bestimmungsort oder verschwand auf der Post. Seitdem die Pressefreiheit besteht, tauchen in Perfien täglich Dutzende von Zeitungen auf, die es über die Lebenszeit der sogenannten Eintagsfliegen nicht hinausbringen. Das „Medjlis“ (Parlament) ist das amtliche Organ. Der „Kur Esrafil“, dessen Kopf eine Engelsgestalt ziert, erscheint nur zeitweise, da er nach jedem Erscheinen auf mindestens 14 Tage suspendiert wird. Wenn dann wieder eine Nummer erscheint, dann reißt sich das Volk auf den Straßen förmlich um sie. Der Herausgeber macht sein Blatt selbst, das heißt, er ist Reporter, Redakteur, Setzer und Drucker in einer Person. Wenn es ihm an Stoff mangelt, druckt er einfach ganze Kapitel der Geschichte ab. So erschien vor kurzem in einem Blatt als „Neuestes vom Tage“ die Hauptkapitel der französischen Revolution. Infolgedessen sprach man in Teheran in den nächsten Tagen nur von Marat, Danton und Robespierre, ihren Haupthelden.

Korrespondenzen.

Hannover. Mitgliederversammlung am 8. Oktober. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Seherinwalden Heinrich Sieckmeier. Sodann gab der Vorsitzende Schwemilß bekannt, daß seit der letzten Versammlung fünf Neuaufnahmen vollzogen wurden. Auf Grund der Beschlässe b. S. 9 wurde zwei Kollegen die Ortsunterstützung auf bestimmte Zeit entzogen. Wegen Übertretung der Krankenvorschriften wurde ein Kollege mit drei Tagen Unterstützungsentzug bestraft. Mit Bezug auf die in dem Artikel in Nr. 121 des „Korr.“ vorgebrachten Klagen über den hiesigen Buchdruckerstreik wurde mitgeteilt, daß die baldige Eröffnung der Zentralherberge den Mißständen ein Ende macht. Einen breiteren Raum nahm das Kapitel „Buchbinderstreik“ ein. In zwei Fällen sind von den streikenden Buchbindern Klagen erhoben über Verächtung von Streikarbeit durch Übernahmemeister. Sehr geflagt wurde auch über die vielen Überstunden, hauptsächlich in den Maschinenfälen. Am 12. September wurde eine unermutete Revision sämtlicher vom Kassierer Ehrhardt verwalteten Kassen vorgenommen und alles in bester Ordnung gefunden. Unter Punkt 2 der Tagesordnung hielt Gewerkschaftssekretär Kurt May einen sehr interessanten Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Organisationen des Unternehmertums in Deutschland“, lebhaften Beifall der Versammlung erntend. Zum Schluß wurden für die im Winterhalbjahre zu veranstaltenden Jugendvorträge 50 Mk. (für Lokalmiets usw.) bewilligt. Ebenso 50 Mk. für eine Gutenbergbüste, die den Lesesaal der neuen Zentralbibliothek schmücken soll.

Beitrag Jena. Am 16. Oktober wurde in Saalfeld die zweite diesjährige Bezirksversammlung abgehalten, die von Kollegen aus Saalfeld (60), Rudolstadt (56), Jena (74) und Kahla (3) sowie einigen Kollegen aus Pönnitz besucht war. Ein Morgenpaziergang der Jenaer mit einem Teile der Rudolstädter Kollegen von Rudolstadt nach Saalfeld bei ausgegnetem Wetter bot genügenden Ersatz für den beabsichtigten, aber wahrscheinlich aus „wohlerwogenen“ Gründen abgelehnten Besuch des Eisenwerks von Untermellenborn, das gereisten Staatsbürgern nicht, wohl aber Lehrlingsvereinen zur Besichtigung offen steht. Nach einem gut vorgetragenen Liede der Saalfelder Kollegen begrüßte Kollege Währinger die Versammelten, insbesondere die Kollegen Krahl (Leipzig) und Gauvorsteher Prog (Weimar). Die Berichte der ein-

zelnen Orte boten nichts Außerordentliches, abgesehen von der Mitteilung aus Jena, wo sich vier langjährige Mitglieder des Gutenbergbundes seit einiger Zeit dem Verband angeschlossen haben. Der von dem Herrn v. Ende in Königssee geplante Anschluß an den Tarif, den er bei einem Besuch in Jena betätigen wollte, erbeute leider mit einem unheimlichen Schweigen bis heute, so daß die schon erhoffte Besserung in genannter Ortschaft mit einem Fiasko endigte. Den Hauptpunkt des Tages bildete nach der Mittagspause und dem passenden Liede von Uthmann „Die Arbeit“ („Gutenberg“ Jena) der Vortrag des Kollegen Krahl (Leipzig) über das Thema: „Organisationsstärke und Organisationsstatistik bei den Unternehmern und den Arbeitern“. Der geschätzte Redner verstand es vorzüglich, den Kollegen ein Bild der von den Unternehmern gegründeten Verbände zu geben und die Organisationen der Arbeiter in ihrer leider noch großen Zersplitterung zu schildern, dabei betonend, daß es auch noch größter Anstrengungen bedürfe, um die vielen noch fernstehenden Arbeiter ihren Verbänden zuzuführen, um den sich immer mehr ausbreitenden Arbeitgeberverbänden eine feste und wohlgeplante Arbeitermasse entgegenzustellen. Der einhellige, stürmische Applaus am Schluß des etwa zweifünfteligen Vortrags bewies die Übereinstimmung der Kollegen mit dem Referenten. Nur eins müssen wir bedauern, daß gerade diejenigen, für die dieser Vortrag besonders wertvoll gewesen wäre (indem wir annehmen, daß sie den „Korr.“ wohl nur oberflächlich lesen), durch Abwesenheit glänzten, vor allem diejenigen, die in den Turn- und sonstigen Sport- und Klobvereinen ihr ganzes Heil erblickten. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Jena gewählt. Noch einige kurze Stunden gemüthlichen Beisammenseins und der Zug entließ die fremden Kollegen wieder Saalfelds Mauern.

Robespierre. In unserer Ortsversammlung am 15. Oktober gab u. a. ein Kollege einen Bericht über seinen Austritt aus dem katholischen Arbeiterverein, woraus wir folgendes entnehmen: In der letzten Versammlung des katholischen Arbeitervereins stand folgender Vorstandsantrag auf der Tagesordnung: „Alle Mitglieder des Vereins, welche Mitglied einer sozialdemokratischen Gewerkschaft sind, werden ausgeschlossen.“ Nach großer Debatte ging ein Antrag eines Gutenbergbündlers ein, der lautete: „Mitglieder des katholischen Arbeitervereins, die einer Gewerkschaft angehören, die der Generalkommission in Berlin angeschlossen ist, sind innerhalb drei Monaten auszuschließen.“ Verschiedene christliche Arbeitersekretäre, die anwesend waren, behaupteten, daß alle dort angeschlossen Gewerkschaften sozialdemokratisch seien, auch der Verband der Deutschen Buchdrucker. Der Präses des Vereins, ein Kaplan, trat dem gegenüber und stellte den Buchdruckerverband als eine neutrale Gewerkschaft hin. Es scheint demnach, daß der Kaplan mehr Kenntnis von der Gewerkschaftsbewegung besitzt als die dort anwesenden Arbeitersekretäre. Trotzdem wurde der Antrag angenommen und unsren Mitgliedern von seiten des Vorstandes der Rat gegeben, aus dem Verband aus- und in den Gutenbergbund einzutreten! Zwei anwesende Mitglieder wiesen diesen „guten Rat“ mit Entrüstung zurück, erklärten sofort ihren Austritt aus dem Arbeiterverein und verließen die Versammlung. Dies ist ein deutlicher Fingerzeig für unsre Arbeitervereinsmitglieder und ein neuer, sehr lehrreicher Beweis für die „Unabhängigkeit“ des Gutenbergbundes.

Ludwigshafen a. Rh. Wenn wir vom hiesigen Ort auch nicht von jeder Versammlung im „Korr.“ berichten, so darf man deshalb nicht annehmen, daß sich hier nichts ereignete, was nicht ab und zu Veranlassung gäbe, einer größeren Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Gar mancher derjenigen, die hier schon eine Gastrolle gaben, wird erfreut sein, wenn er von der Stätte seines einstigen Wirkens einmal wieder etwas hört. Verschiedene Vorkommnisse sind es, die uns heute die Feder in die Hand drücken. Um über die tariflichen Verhältnisse am Ort auf dem laufenden zu sein, hielt der Vorstand kürzlich eine Vertrauensmännerversammlung ab, in der die einzelnen Vertrauensleute Bericht zu erstatten hatten. Erfreulich war es, daß mit wenigen Ausnahmen Klagen in tariflicher Beziehung nicht vorhanden waren. Sehr günstig fiel der Bericht über die Hausdruckerei in der Bahnhöfen Amilin- und Sodafabrik aus. Diese Hausdruckerei ist eigentlich schon älteren Datums, muß aber für die Unternehmer kein gemüthlichender Zweig in ihrem Nebenbetriebe sein, denn soweit uns bekannt, wurde sie bisher nur von Hausbürgern und jungen Leuten bedient, die zum Teil in andren Druckereien wegen ungenügender Qualifikation zu unserem Beruf die Kunst rechtzeitig an den Nagel hängten. Wie denn unter solchen Umständen in dieser Hausdruckerei „gearbeitet“ wurde, brauchen wir hier nicht zu erörtern, das kann sich jeder Leser selber vorstellen. Und so ist es denn zu begrüßen, daß die bessere Einsicht bei der Direktion Einkehr hielt und sie sich entschloß, gelehrte Buchdrucker für ihren Druckereibetrieb zu engagieren. Ein Maschinenmeister und ein Setzer sind bereits eingestellt worden, und bei weiterer Vergrößerung des Betriebes werden nur noch gelehrte Buchdrucker eingestellt, während das seitherige „Personal“ verschwinden soll. Über die hygienischen Einrichtungen dieser Druckerei wurde nur Robenswertes berichtet. Die Entlohnung übersteigt bedeutend die tariflichen Sätze, jedoch ist die tägliche Arbeitszeit zurzeit noch eine neun-einhalbstündige. Ab 1. Januar 1911 soll sie auf neun Stunden herabgesetzt werden. Von der Firma Wilhelm Bürle war wenig Erfreuliches mitzuteilen. Die Firma Bayerische Druckerei (Zuhaber Fr. Krug) entließ am 15. Ok-

(Fortsetzung in der Beilage).

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 27. Oktober 1910.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 125.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

tober einen Kollegen, der 24 Jahre und zwei Monate ununterbrochen bei ihr konditionierte. Die Begründung der Kündigung lautete: „... wegen der in den letzten Jahren bei Ihnen eingetretenen ungenügenden und sehr mangelhaften Leistungsfähigkeit...“ Einen Gehilfen nach so langer Tätigkeit mit dieser Kündigung auf die Straße zu setzen, fordert einfach zur Kritik heraus. 24 Jahre lang hat der Gehilfe seine Schuldigkeit getan, denn die Firma gibt dies selbst zu, indem sie nur von den letzten Jahren spricht. Und daß mit dem zunehmenden Alter die Kräfte nachlassen, dürfte nicht nur bei den Arbeitern der Fall sein. Wir erinnern uns da einer Stiftung, die im Jahre 1890 oder 1891 von Herrn Krug sen. anlässlich seiner silbernen Hochzeit gemacht wurde, monach die Hinsen eines Kapitals von 5000 Mk. zu einem Fonds angeammelt werden sollten, aus dem in Not geratene Arbeiter des Geschäftes unterstützt werden sollten. Wäre es da nicht möglich gewesen, mit Hilfe dieser „Stiftung“ eine anderweitige Regelung des Arbeitsverhältnisses des Entlassenen vorzunehmen? Die Berichte aus den übrigen Druckereien gaben keine Veranlassung zu besonderer Beanstandung. Diese werden in der Jahresübersicht Verwendung finden. — Am 1. November dieses Jahres gehört der Kollege Emil Gerich (früher Vorsitzender) unserer Organisation 25 Jahre an. Aus diesem Anlasse findet am 20. November eine kleine Feier statt.

H. Stuttgart. Am 23. Oktober wurde für den langjährigen Dirigenten des Singchors des Gutenbergvereins, Herrn Professor W. Schwab, ein Grabdenkmal enthüllt, zu welchem die unter Professor Schwabs Direktion gehaltenen Gesangsvereine durch ein gemeinschaftliches Konzert seinerzeit die Mittel aufgebracht hatten. Die Einweihung gestaltete sich zu einem weisewollen Akte der Pietät. In geschlossenem Zuge marschierten gegen dreihundert Sänger mit ihren Vereinsfahnen zur Ruhstätte des Dahingegangenen, bei welcher bereits neben den Familienangehörigen des Verstorbenen eine überaus große Zahl von Freunden und Verehrern nebst vielen passiven Mitgliedern der beteiligten Vereine sich eingefunden hatten. Nachdem Schwabs ergebende „Deutsche Weise“ verklungen, übergab Kollege Meindl namens der Vereine das Denkmal unter Hervorhebung der Wertschätzung und Liebe der Sänger für ihren verstorbenen Altmeister an die Familie, in deren Namen Stadtbaumeister Kober es unter herzlichem Dank und dem Gelübniß treuester Hut entgegennahm. Ein vom Kollegen Huber zu der Enthüllungsfest verfaßtes feines Gedicht wurde vom Kollegen Hummel gesprochen, worauf Silchers „Schottischer Bardenchor“ die Feier weisevoll abschloß. Das Denkmal, ein Obelisk aus Muschelkalk, zeigt eine Kupferplatte mit dem Bilde des Verstorbenen, eine Lyra und entprechende Inschrift und ist ein Werk des Stuttgarter Bildhauers Friedl und des Neutlinger Stadtbaumeisters Kober. Das Denkmal bildet ein ehrendes Zeugnis für den dahingegangenen Meister Schwab wie für die Kreise seiner Sänger, denn selbst ehrt sich, wer seine Toten ehrt!

Rundschau.

Im Juli d. J. wurde Kollege Rezhäuser in einer Beleidigungsklage, die von dem Leipziger Schriftsteller Friedrich Streißler gegen ihn angestrengt worden war, freigesprochen. Es handelte sich um eine Besprechung des Romans „Wo die Wälder wachsen“ in Nr. 55 des „Korr.“ von 1909, durch die sich der Verfasser Streißler beleidigt fühlte. Gegen das freisprechende Erkenntnis des Schöffengerichts Leipzig hatte der Kläger Berufung eingelegt, wegen der am 20. Oktober Hauptverhandlung vor dem Landgerichte stattfand. Nachdem der Anwalt des Beklagten erklärt hatte, daß seinem Klienten nicht daran gelegen gewesen sei, Herrn Streißler mit der betreffenden Rezension zu beleidigen, zog dieser seine Berufung gegen das freisprechende schöffengerichtliche Urteil zurück. Der Beschluß des Gerichts legte förmliche durch die Berufung erwachsenen gerichtlichen Kosten und die dem Beklagten in der Berufung entstandenen notwendigen Auslagen dem Privatkläger Streißler zur Last. Polizeilich beschlagnahmt wurde in Rauban (Schlesien) ein großes Fabriklager unmittlicher Schriften und Bilder. Der Besitzer, ein Steinbrücker, sowie ein Steinbrückermeister, wohl auch die Hersteller, wurden verhaftet.

Eine eigenartige Reklame leistete sich ein größeres Zeitungsunternehmen in Chemnitz. Es ließ sich den „Parasol V“ kommen und benutzte diesen „Denkbar“ als vorzügliches, originelles Reklamemittel für seine Zeitung. Allerdings müssen die Abonnenten diese gelungene Reklame bezahlen, da gleichgültig der Bezugspreis von 10 Pf. pro Monat erhöht wurde, aber — der gewollte Zweck war erreicht. Es war ein Ereignis für die ge-

samte dortige Bevölkerung, das den Akta unzweifelhaft Bögen strafte!

Von der Erziehungsanstalt in Obergünningen, mit der wir uns in Nr. 123 bereits beschäftigt haben, liegt uns heute ein Engagementbrief vor. Sie sucht zur Übermachung ihres Personals, das aus sieben bis acht Lehrlingen bestehen soll, einen tüchtigen Seher. Auf einer Ansichtskarte, die dem Briefe beilag, führt die Anstalt ihre Jüglinge im Bilde vor, wie sie am Samstag beschäftigt werden. Wir zählten ihrer 13 auf den ersten Blick. Im Hintergrunde steht der katholische „Sehermeister“, für den wahrscheinlich jetzt Ersatz gesucht wird im „Arbeitgeber für das Druckgewerbe“. Wie traurig muß es um die technische Ausbildung der armen Jungen in dieser „tariffreien“ Druckerei bestellt sein! Gibt es in Lothringen nicht irgendeine maßgebende Stelle, mit deren Hilfe unsere Verbandskollegen solcher unverschämten Ausbeutung junger Menschenkinder einen Riegel verschieben könnten?

„Das Reich“ — Stöckers, jene Berliner Tageszeitung, die der verstorbene Hofprediger a. D. gegründet und auf seinen Agitationsreisen vergeblich empfohlen hatte als „ein gutes Blatt“, wird am 1. November mit dem „Reichsboten“ verschmolzen. Wenn es auch vorläufig unter dem alten Namen weiter erscheinen soll, so wird es in seinem Inhalte doch der älteren Bruderzeitung, dem „Reichsboten“, gleichen. Stöcker hatte das Organ seinerzeit ins Leben gerufen, um die christlich-sozialen Arbeiterinteressen wirksam unterstützen zu können. Mit allen Mitteln versuchte er diesem Zwecke gerecht zu werden, allerdings mit mehr als zweifelhaftem Erfolg. Als gar nichts mehr ziehen wollte, schwang er vor Jahren schon kräftig den Ringelbeutel, um auf diesem ungewöhnlichen Wege die finanziellen Verhältnisse seines Zeitungsunternehmens zu bessern. Doch auch bei diesem Beginnen sah sich der streitbare ehemalige Hofprediger von allen guten Geistern schön verlassenen; denn weit hinter der erhofften Summe blieb der klingende Erfolg zurück. Nicht lange nach ihm geht also auch sein „gutes Blatt“ den Weg alles Irdischen.

Ein schrecklicher Unglücksfall passierte in der Hofbuchdruckerei von Meinhold & Söhne in Dresden. Dort geriet ein Drucker mit dem Kopf in das Getriebe seiner Maschine und wurde auf schwerste verletzt.

Hinrichtung. Im Buchhause zu Wehrta wurde vergangene Woche der Buchdrucker Denler, der, wie wir berichteten, vom Schwurgericht zu Döben wegen Ermordung seines Bruders und seiner Eltern zum Tode verurteilt worden war, hingerichtet.

Am 16. und 17. Oktober fand in Donauwörth der siebente Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Augsburg statt. Bei dieser Gelegenheit fühlte auch ein Herr Lindermayer aus Augsburg, seines Zeichens Domvikar und Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine, das tiefgefühlte Bedürfnis, den Verband der Deutschen Buchdrucker in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen und dabei in verschämter Weise für den christlichen Gutenbergbund Propaganda zu machen. Gleichzeitig wurde den Herren christlichen Buchdruckerbesitzern ein Wink mit dem Zaunpfahl gegeben, mehr Verständnis für den Gutenbergbund zu entwickeln und zum Schluß noch eine Resolution angenommen, welche lautet: „Der siebente Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine der Diözese Augsburg erachtet es als dringende Aufgabe der Arbeitervereine, daß sie möglichst bald ihre familiären Mitglieder, insbesondere aber die neuentretenden, den christlichen Gewerkschaften zuführen und die Verarbeitung der christlichen Gewerkschaften unter den übrigen katholischen Arbeitern in jeder Weise fördern.“ In seinem Referate hatte der hochwürdige Herr folgende Sätze zum besten gegeben: „... Der sozialistischen Organisation und Agitation muß die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, ganz besonders der Werbetätigkeit der freien Gewerkschaften. ... In dieser Hinsicht verdienen ganz besondere Aufmerksamkeit der sozialistische Land- und Waldbauarbeiterverband, der Militärarbeiterverband und der Buchdruckerverband. Gerade der letztere Verband hat in der letzten Zeit das Mantelkleid der Neutralität abgeworfen, und es dürfen gegenüber diesen Verbänden keine Konzessionen gemacht werden. Was den Buchdruckerverband anlangt, wäre ein größeres Verständnis mancher christlicher Arbeitgeber für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu wünschen.“ Wir wissen zwar nicht, aus welchen trübten Quellen Herr Lindermayer sein „unausforschbares“ Material geschöpft hat, aber das eine ist gewiß, daß Erzbischof Wettinger von München auf dem Katholikentag in Augsburg die Hochwürdigsten Herren von der Presse und die christlichen Agitatoren insofern apostrophierte, als er — der Bischof muß es ja wissen — den jedenfalls berechtigten Satz prägte: „Und dann noch eins, meine Herren: Wir dürfen nicht lügen.“ Es liegt uns nun natürlich fern, Herrn Lindermayer zu imputieren, daß er Bewußt etwas behauptet hat, was mit der Wahr-

heit im bedenkenlichsten Widerspruche steht, denn eine derartige Handlung würde sich ja mit seinem heiligen Amte nicht vereinbaren. Wenn aber Herr L. — trotzdem er als Arbeiterpräses wissen mußte, daß für jeden deutschen Buchdrucker nur eine Organisation, der Verband der Deutschen Buchdrucker, in Betracht kommt — unbewußt für den Gutenbergbund, den christlich-gelben, Propaganda gemacht haben sollte, so sei ihm gesagt, daß hier der Viehe Mühe umsonst ist. Wunderbare Belehrungen wurden wohl in früheren Jahrhunderten von geheiligten Händen vollbracht, im Zeitalter der Elektrizität und Luftschiffahrt sind solche Wunder aber ausgeschlossen.

Lohnbewegung der Buchbinder in München. Die Buchbinder in München haben einen Tarifvertrag angenommen, den die Lohnkommission nach längeren Verhandlungen mit den Besitzern der Großbuchbindereien und der Druckereien mit eignen Buchbindereibteilungen provisorisch vereinbart hat. Nach dem neuen Vertrag erhöhen sich die Minimallohne für Vollarbeiter (bei Feiertagsbezahlung) auf 26,50 Mk., für Vollarbeiterinnen auf 15 Mk. und ab 1. Januar 1912 auf 15,50 Mk. Ohne Feiertagsbezahlung sind die Löhne um 1 Mk. höher. Für Altarbeitern gilt der Leipziger Tarif vom Jahre 1907, dessen Satzpreise jedoch um 10 Pfg. erhöht werden. Alle Löhne werden um 5 Proz. aufgebessert. Der Tarif gilt bis 31. Dezember 1913. Ein mit der Innung ebenfalls provisorisch vereinbarter Tarif der Mittel- und Kleinbuchbindereien harret noch der endgültigen Genehmigung. Im Gange ist endlich noch eine Lohnbewegung des Personals in den Münchener Kartonnagefabriken. Wenn es gelingt, auch hier noch zu einer Tariferneuerung zu kommen, ist in München das ganze Gewerbe tariflich gebunden.

Der Kampf gegen die Schmutz- und Schundliteratur soll jetzt auch auf internationaler Grundlage geführt werden. Die deutsche Regierung hat bei der französischen Schritte eingeleitet, um die Einfuhr fremder Schmutzliteratur nach Deutschland, die namentlich unter den Schülern höherer Lehranstalten verbreitet wird, zu verhindern. Leider ging die Nachricht zu früh durch die Presse, so daß die in Betracht kommenden französischen Buchhandlungen, bei denen Beschlagnahmen geplant waren, zweifellos gewarnt wurden und alles irgendwie verdächtige Material beiseite geschafft haben dürften. Im übrigen soll zwischen den Regierungen Deutschlands und Frankreichs in der Frage der Bekämpfung der Schmutzliteratur und der durch sie erfolgten teilweisen Verseuchung der Jugend volle Übereinstimmung herrschen, so daß mit Sicherheit anzunehmen ist, daß es beiden Ländern gelingen wird, diesem Unwesen, das leider einer sehr beträchtlichen Umfang angenommen hat, einen wirksamen Riegel vorzuschreiben. — Innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle sind es namentlich die Kommunal- und Schulbehörden, die den Kampf gegen den Schund und Schmutz in der Literatur aufgenommen haben. So ist beispielsweise der Hamburger Senat beim Bundesrate dafür eingetreten, daß die einschlägigen reichsgesetzlichen Bestimmungen ergänzt und erweitert und namentlich Bestimmungen in die Gewerbeordnung aufgenommen werden, die die Säuberung der Schaufenster und Auslagen von jener literarischen Schund ermöglichen, der direkt oder indirekt zum Verbrechen anreizt. Weitere Anträge hat der Senat sich für die Verhandlungen über den neuen Strafgesetzbuchentwurf vorbehalten. Ferner hat der Senat namhafte Geldbeträge zur Beschaffung guter Jugendbücher und Verteilung derselben an die Schüler bewilligt. Daß es an der Zeit ist, daß auch in Deutschland geeignete Schritte gegen den literarischen Schmutz und Schund unternommen werden, geht am besten daraus hervor, daß nach einer jüngst erfolgten Feststellung in Deutschland und Österreich etwa 8000 Buchhändler und 30 000 Kolporteurs vom Verkaufe derartiger „Literatur“ leben, deren Umsatz sich bei dem anscheinend recht guten Geschäft auf Millionen von Mark beläuft. — Wäge der auf der ganzen Linie entbrannte Kampf im Interesse des Volksganzen wie nicht minder des realen und ausständigen Buchhandels von einem vollen Erfolge gekrönt sein.

Die ärztliche Standeswürde erfuhr eine bemerkenswerte Belandung in einem Prozesse, der auch das sächsische Obergericht besetztigte. In diesem Prozesse wurde von einem Krankenmitglanze Dr. Sch. in G. festgestellt, daß er ein Kasernenmitglied ganz unglaublich vernachlässigt hatte. Nach der behördlichen Klarstellung hatte er einem Kranken, bei dem er Nephritis und Nierensteinbildung festgestellt hatte, warme Bäder und Schweißkuren verordnet. Das rechte Bein des Kranken, bei welchem sich zuerst schon Anschwellung eingestellt hatte, schwell immer mehr und mehr an, und der Kranke hatte eine Temperatur von 39,5 bis 40,5 Grad, so daß er wochenlang in schweren Sickerphantasen lag. Trotzdem besuchte Sch. den Kranken nur selten. Die Anschwellung des Beins bezeichnete er als Wasseranammlung, die von selbst wieder vergehen werde. Als die Temperatur des Kranken auf das höchste ge-

